

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Annahme einer EntschlieÙung

Aufstand für Freiheit und Einheit: Das Abgeordnetenhaus gedenkt des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Am 17. Juni 2023 jährt sich der Volksaufstand in der DDR zum 70. Mal. Zwischen dem 16. und dem 21. Juni 1953 gingen in der gesamten DDR über eine Million Menschen auf die Straße, um gegen die Unrechtsherrschaft des SED-Regimes zu demonstrieren. Sie forderten die Rücknahme der Normerhöhungen, freie Wahlen und ein geeintes Deutschland. Begonnen mit Arbeitsniederlegungen und zivilem Ungehorsam weitete sich der Protest zu einem landesweiten Aufstand aus, der nur mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen werden konnte. Der Sozialismus zeigte sein wahres, menschenverachtendes Gesicht. Obwohl dieser Volksaufstand nicht erfolgreich war, verankerte er im Bewusstsein aller Deutschen die Hoffnung, die SED-Diktatur und die deutsche Teilung eines Tages überwinden zu können.

Das Trauma des 17. Juni holte die kommunistischen Machthaber schließlich im Herbst 1989 ein, als die Forderungen nach Freiheit und Einheit nicht länger unterdrückt werden konnten. Im Zuge der Friedlichen Revolution wurde 36 Jahre später eine der zentralen Forderungen der Aufständischen von 1953 verwirklicht: Die deutsche Wiedervereinigung.

Nach der Implementierung des 3. Oktober als Tag der deutschen Einheit rückte das Gedenken an den 17. Juni, der bis dahin Feiertag in Westdeutschland war, immer stärker in den Hintergrund. Mittlerweile spielt die Erinnerung an den 17. Juni 1953, aber auch die Erinnerung an den Widerstand gegen den SED-Unrechtsstaat nur noch eine untergeordnete Rolle im öffentlichen Bewusstsein. Dabei war der 17. Juni 1953 genauso wie die Aufstände 1956, 1968 und

1980/81 in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen ein bedeutender Meilenstein für die Überwindung des Sozialismus und den Weg zur Freiheit in Europa. Die Erinnerung daran darf nicht in Vergessenheit geraten. Das sind wir den Opfern der kommunistischen Diktatur, das sind wir aber auch uns selbst und den Nachgeborenen schuldig. Ohne eine lebendige Erinnerung an diesen mutigen Volksaufstand bleibt unser nationales Erbe unvollständig.

Bis zu ihrem Ende galt in der DDR die Lehre, der Westen habe einen „konterrevolutionären faschistischen Putsch“ angezettelt. Dieses SED-Narrativ fand Eingang in die DDR-Schulbücher und blieb bis 1989 die offizielle Geschichtslehre des SED-Unrechtsstaats. Heute findet sich im Berliner Rahmenlehrplan nichts zum 17. Juni 1953, die Thematisierung des 17. Juni im Geschichtsunterricht ist nicht verbindlich. Dieses Defizit muss schnellstmöglich behoben werden.

Die Ereignisse des 17. Juni verdeutlichen, dass ein Leben in Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich ist. Mutige Frauen und Männer haben errungen, dass wir heute in einem freien und geeinten Deutschland leben können. Der 17. Juni muss ein Tag des mahnenden Gedenkens an die Opfer bleiben, aber auch ein Tag der Erinnerung an die fatalen Auswirkungen sozialistischer Politik. Das Abgeordnetenhaus hält die mutigen Frauen und Männer des 17. Juni 1953 und die Opfer der Niederschlagung des Volksaufstandes in ehrendem Gedenken.

Deshalb versteht es das Abgeordnetenhaus als seine Pflicht, darauf hinzuwirken, dass die Gedenkorte für den 17. Juni 1953 in Berlin würdig gestaltet sind und angemessen gepflegt werden.

Die einzige originäre Gedenkstätte erhalten

Leider befindet sich die in Deutschland einzige originäre Gedenkstätte an den 17. Juni (Potsdamer Chaussee/Autobahnkreuz Kleeblatt) seit Jahren in einem beklagenswerten Zustand. Sowohl der Zugang zum Holzkreuz und der umgebenden Verkehrsinsel in Zehlendorf als auch der Zustand der Anlage und die Beschilderung entsprechen nicht dem Anspruch an ein würdiges Gedenken. Bei Forderungen nach einer besseren Pflege dieses Ortes erklärten sich unterschiedliche Behörden in der Vergangenheit für unzuständig. Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat dazu auf, darauf hinzuwirken, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden und in Abstimmung mit Bund und Bezirk eine regelmäßige und dauerhafte Pflege sicherzustellen. Die konstruktiven Vorschläge und das ehrenamtliche Engagement von Bürgern vor Ort sowie der VEREINIGUNG 17. JUNI 1953 e. V. sind dabei einzubeziehen. Auch die weiteren Gedenkorte für den 17. Juni 1953 in Berlin sind würdig zu gestalten und angemessen zu pflegen.

Berlin, den 5. Juni 2023

Dr. Brinker Gläser Trefzer
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion